

Working Paper 7/2017

der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften

Dennis Eversberg

Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise

ISSN 2194-136X

Dennis Eversberg: Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 7/2017, Jena 2017.

Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kollegforscher_innengruppe
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34
07743 Jena

Internet:

www.kolleg-postwachstum.de

Redaktion/Lektorat/Layout: Christine Schickert

Christine.schickert@uni-jena.de

Die DFG-Kollegforscher_innengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektformig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kollegforscher_innengruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?



Die Kolleg-ForscherInnengruppe zum Thema
Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung und
(De-)Stabilisierung moderner Wachstums-
gesellschaften wird gefördert von der

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Dennis Eversberg

Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise

Zusammenfassung

Dieses Papier diskutiert am Beispiel des jüngsten Wahlerfolgs der Alternative für Deutschland beispielhaft die Ursachen für den Aufstieg autoritär-nationalistischer politischer Kräfte und deren Verhältnis zur „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen) des globalen Nordens. Es begründet anhand von Wahl- und Befragungsergebnissen zur Bundestagswahl 2017 und eigener Analysen zur sozialen Zusammensetzung der Wähler:innenschaft sowie der neu gewählten Bundestagsfraktion der AfD drei Thesen: Erstens wird gezeigt, dass es sich bei der Entscheidung der Wähler:innen für die AfD nicht in erster Linie um eine verschobene Reaktion auf ökonomische Abstiegs- oder Benachteiligungserfahrungen handelt. Vielmehr wählten sie eine autoritär-nationalistische Partei, weil sie autoritär-nationalistisch denken und empfinden. Zweitens wird der Charakter der autoritär-nationalistischen Kräfte als einer vertikalen Klassenallianz zwischen Teilen der Eliten einerseits und der Mittel- und Unterklassen andererseits aufgezeigt, deren gemeinsames Ziel darin besteht, die ökonomisch-soziale Transformation vom organisiert-kapitalistischen Gesellschaftsmodell der Nachkriegszeit zum heutigen flexibel-kapitalistischen Regime rückgängig zu machen. Und drittens wird begründet, dass sich der derzeit in den meisten Ländern des globalen Nordens ausgetragene Konflikt zwischen „progressiv-neoliberalen“ (Fraser) und autoritär-nationalistischen Kräften vollständig auf dem Boden der imperialen Produktions- und Lebensweise abspielt und sich lediglich darum dreht, wie diese ausgestaltet und verteidigt werden soll. Eine Position der Kritik an der globalen Ungerechtigkeit dieser Lebensweise als solcher und Forderungen nach ihrer Überwindung können nur von außerhalb der skizzierten Konfliktkonstellation formuliert werden.

Abstract

This paper offers a thorough sociological analysis of the success of authoritarian nationalist party Alternative für Deutschland (AfD) in the 2017 German federal election, which serves as an example to discuss the reasons for the recent rise of authoritarian nationalist parties almost everywhere in the global North and their relation to these societies' "imperial mode of living" (Brand/Wissen). Drawing on election results and a wide range of survey data on the election, as well as additional analyses on the social composition both of AfD's voter base and its newly elected parliamentary faction, it establishes three propositions. Firstly, it is demonstrated that the 12.6% of voters who chose to vote AfD did not primarily do so as a 'displaced' form of reaction to actual or feared experiences of economic disadvantage or relegation. Instead, it must be acknowledged that they voted for an authoritarian nationalist party because they support authoritarian nationalist ideas and proposals. Secondly, the paper points to authoritarian nationalism's character as a vertical class alliance between parts of the elites on the one and segments of the middle and lower classes on the other hand, whose common goal is to reverse the economic and social transformation from the post-war organized capitalist model of society to the contemporary flexible capitalist regime. And thirdly, it is argued that the conflict between "progressive neoliberalism" (Fraser) and authoritarian nationalism that currently dominates the political scene in most countries of the global North is taking place on the firm ground of a shared consensus between both camps about the imperial mode of living. The conflict is only about what form this mode of living should assume and how it is best defended. Any criticism of the global injustice caused and perpetuated by the imperial mode of living as such or credible demands for overcoming it can only be articulated from a global-solidaristic position that rejects this bipolar discursive constellation altogether.

Address of the Author

Dennis Eversberg
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Soziologie
DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften
Humboldtstraße 34
07743 Jena
Email: dennis.eversberg@uni-jena.de

*es ist folgerichtig, es wird so sein
goldene türme wachsen nicht endlos
sie stürzen ein
(Slime, 1993)*

In fast allen jener Staaten des globalen Nordens, die mit ihrer Wirtschaftsstruktur und ihren Bevölkerungen die Zentren der imperialen Produktions- und Lebensweise (Brand/Wissen 2017) bilden, haben in den letzten Jahren autoritär-nationalistische Kräfte die bis dahin stabile politische Hegemonie neoliberaler, auf die Durchsetzung der Interessen des weltmarktorientierten Kapitals orientierter Parteien und Politiker:innen ernsthaft herausgefordert oder sogar gebrochen. Seien es Donald Trump in den USA, der Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich oder die Kräfte, die hinter dem Votum für den Brexit in Großbritannien standen: Ihnen allen ist es gelungen, die zuvor über zwei Jahrzehnte feststehende Konstellation, in der es bei Wahlen stets nur darum ging, ob die als „alternativlos“ gehandelte Politik von Marktöffnung, Deregulierung und Abbau sozialstaatlicher Sicherungen in mehr oder weniger radikaler Form fortgesetzt werden sollte, aufzubrechen und die politischen Landschaften dieser Länder teils dramatisch zu verändern. Deutschland, das mit seiner extrem exportfixierten Wirtschaft und der durch die europäische Währungsunion noch beförderten, einseitig auf Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Politik seiner Regierungen in den letzten zwei Jahrzehnten zur zentralen Macht in Europa und zum Zentrum der imperialen Lebensweise auf dem Kontinent geworden ist, war in dieser Hinsicht vor allem aus historischen Gründen bislang eine Ausnahme. Seit der Bundestagswahl 2017 ist das endgültig vorbei: Nachdem sie schon 2013 nur knapp die Fünfprozenthürde verfehlt hatte, bekam die damals anlässlich der europäischen Rettungspolitik für Griechenland als Sammelbecken nationalliberaler Eurokritiker gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD) in der Zwischenzeit erheblichen Aufwind, radikalisierte sich im Zuge der infolge der verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa 2015 zugespitzten Anti-Immigrations-Stimmung zur in Teilen von völkisch-rassistischen Kräften dominierten monothematischen „Anti-Ausländer-Partei“ und zog nach diversen Wahlerfolgen in den Bundesländern nun auch mit 12,6% der Stimmen in den Bundestag ein. Auch in Deutschland, dem ökonomisch mächtigsten Land Europas, dessen Wohlstand entgegen dem sonstigen Trend auf dem Kontinent seit der Finanzkrise 2008/9 sogar noch angewachsen ist, wird in Zukunft eine Partei als drittstärkste politische Kraft mitreden, die den Weg zur Sicherung des Wohlstands des Landes nicht in stärkerer globaler Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern in aggressiver nationaler Interessenpolitik und Abschottung nach außen sieht.

Dass ein solcher Erfolg des autoritären Nationalismus selbst in einem Land möglich war, das es in den letzten Jahrzehnten wie kaum ein anderes verstanden hat, auf Kosten anderer immer reicher zu werden, sollte all jene stutzig machen, die bisher der Meinung waren, autoritäre Bewegungen bekämen stets in Krisensituationen besonderen Zulauf. Vielmehr ist im deutschen Fall¹ etwas ganz besonders

¹ Ähnliches gilt allerdings auch für die Erfolge der FPÖ in Österreich und der SVP in der Schweiz – beides wahrlich keine „Krisenländer“.

offensichtlich, was bei der Analyse rechter Wahlerfolge in vielen anderen global gesehen reichen Ländern angesichts der weniger eindeutig positiven wirtschaftlichen Entwicklungen dort allzu schnell aus dem Blick geriet: Dass autoritäre Politik und rücksichtslose Abschottung auch und gerade dort erheblichen Zuspruch finden, wo die Bevölkerung „objektiv“ am meisten von den globalen Ungleichheiten profitiert.

Dieses scheinbare Paradoxon will ich in diesem Text zum Ausgangspunkt nehmen, um am Beispiel der breiten Unterstützung der AfD in Deutschland zu fragen, wo jenseits der lange kaum in Frage gestellten, inzwischen aber offensichtlich nicht mehr haltbaren Behauptung, autoritär-nationalistische Parteien seien ein Ausdrucksmittel für den Protest der „Verlierer:innen“ und der „Abgehängten“, die eigentlichen Gründe für den Rechtsruck der demokratisch verfassten „Externalisierungsgesellschaften“ (Lessenich 2016) des globalen Nordens liegen. Die Ursachen, so will ich argumentieren, liegen in den inneren Transformationen der imperialen Produktions- und Lebensweise selbst, die über die letzten drei Jahrzehnte hinweg zu tiefgreifenden Verwerfungen innerhalb dieser Gesellschaften geführt haben. Hieraus folgt ein *auf der Basis des gemeinsamen Konsenses* über das Ziel der Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise ausgetragener politischer Konflikt zwischen den „progressiv-neoliberalen“ Kräften seiner Modernisierung auf der einen und den neu erstarkten autoritär-nationalistischen Parteien, die die Wiederherstellung und Konservierung eines längst überholten früheren Status versprechen, auf der anderen Seite. Eine emanzipatorische Linke, die sich in der aufklärerisch-humanistischen Tradition verortet und am normativen Ziel gleicher Rechte und Möglichkeiten für alle Menschen weltweit festhält, kann sich in dieser Konfliktkonstellation auf keine der beiden Seiten schlagen, sondern muss sich als Teil eines dritten, global-solidarischen Lagers verstehen, das die imperiale Lebensweise selbst zum zentralen Objekt von Kritik und notwendiger Veränderung macht. Dieses Argument entwickle ich im Folgenden, indem ich drei Thesen aufstelle und anhand der empirischen Befunde aus verschiedenen Analysen zur AfD und ihrer Wähler:innenschaft begründe.

These 1: “It’s not the economy, stupid!”

*Die Ergebnisse der AfD bei der Bundestagswahl zeigen deutlich, dass die Wahlentscheidung für nationalistisch-populistische Parteien **nicht** einfach eine Reaktion von wirtschaftlich „Abgehängten“ auf ihre schlechte ökonomische Situation ist. Das gilt sowohl individuell als auch für die regionale Verteilung der Stimmenanteile.*

Bei allzu oberflächlicher Betrachtung könnte man zwar in der Tat auf die Idee kommen, die Wahl der AfD sei Ausdruck des Protests ökonomisch Benachteiligter, „Abgehängter“ und von sozialem Abstieg bedrohter Menschen gegen die ausgrenzenden Effekte der imperialen Lebensweise und der mit ihr einhergehenden zunehmend rücksichtslosen Gesellschaftsordnung, von der sie sich zu einer neuen

Schicht Unterdrückter innerhalb der Zentren dieser Ordnung, zu einem beherrschten „inneren Süden“ innerhalb des global dominanten Nordens, degradiert und damit von der Lebensweise eben jenes Nordens ausgeschlossen fühlten. Diesen Eindruck kann man gewinnen, wenn man den Blick einseitig auf die sozialen wie geografischen Hochburgen der AfD richtet: So haben 21% der zur Wahl gegangenen Arbeiter:innen und Arbeitslosen AfD gewählt – ein etwa doppelt so hoher Anteil wie bei Rentner:innen (11%) oder Beamten (10%), und auch weit mehr als unter Angestellten und Selbständigen (je 12%).

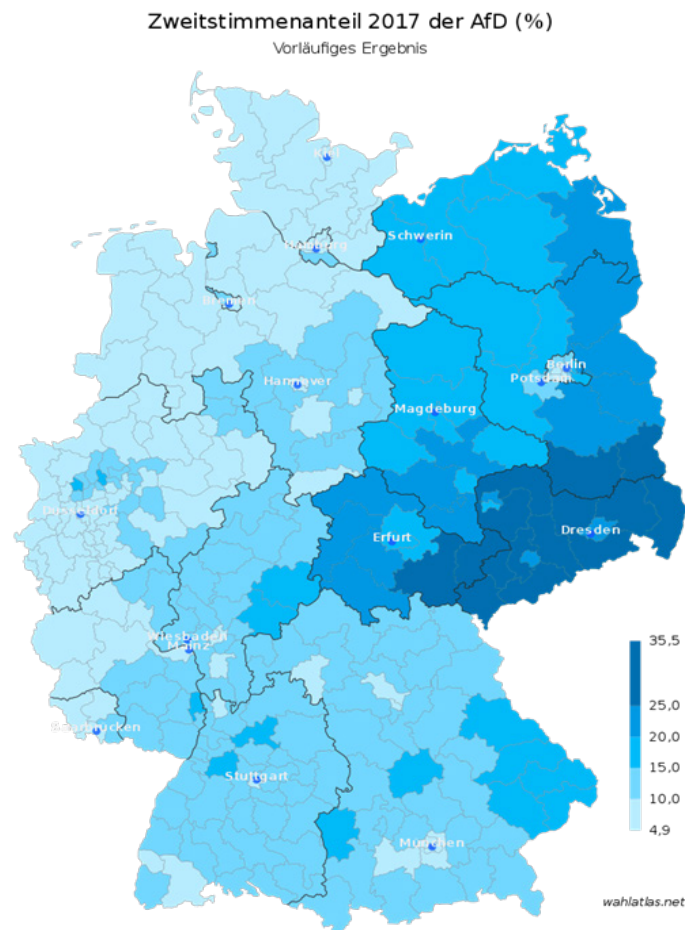


Abb. 1: Stimmanteile der AfD nach Wahlkreisen (wahlAtlas.net / [CC-BY-SA 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/))

Gleiches fällt bei der regionalen Verteilung ins Auge (s. Abb. 1): in Ostdeutschland holte die AfD mit fast 21,9% der Stimmen einen mehr als doppelt so großen Anteil wie im Westen (10,7%), im ländlichen Osten Sachsens errang sie sogar drei Direktmandate. Generell scheint es so, als habe die AfD im Osten umso mehr abgeräumt, je weiter die jeweilige Region von den ökonomischen Wachstumskernen des Westens entfernt lag. Auch im Westen liegen einige ihrer Schwerpunkte in den deindustrialisierten Städten des Ruhrgebiets (Duisburg, Gelsenkirchen) oder in ländlichen Gegenden Ostbayerns. Und

doch: Wer meint, den Wahlerfolg der AfD in erster Linie ökonomischer Perspektivlosigkeit und Gefühlen des „Abgehängtseins“ vom Wohlstand des Landes zuschreiben zu können, irrt gewaltig.

Um zu verstehen, warum, müssen wir etwas genauer hinsehen, und vor allem dürfen wir nicht nur auf diejenigen Gruppen und Regionen starren, in denen die AfD ganz besonders viele Stimmen bekam. Dann zeigt sich, dass die AfD – und damit der autoritäre Nationalismus im allgemeinen – nicht etwa eine Besonderheit der Arbeiter:innen und Arbeitslosen, „des Ostens“, „der Männer“, der benachteiligten Regionen oder anderer spezifischer Sektoren der Gesellschaft ist, sondern ein Problem der Gesamtgesellschaft. Denn Anteile von mindestens 8-10% – weit mehr als für einen Einzug ins Parlament nötig – bekam die AfD praktisch überall, und somit sind auch alle Landesteile, alle sozioökonomischen Gruppen, Altersgruppen und Geschlechter mit an ihrem Wahlerfolg beteiligt gewesen.

Zunächst zur sozioökonomischen Zusammensetzung der Wähler:innenschaft: Die von den Umfrageinstituten auf der Grundlage von Wahltagsbefragungen in repräsentativ ausgewählten Wahllokalen veröffentlichten Zahlen geben zwar an, wieviele der Wähler:innen, die sich selbst als „Arbeiter:in“, „Selbständige“ usw. identifizierten, AfD gewählt hatten, aber sie erlauben per se weder Aufschluss auf die Wahlbeteiligung in den Gruppen z.B. der Arbeitslosen oder der Rentner:innen, noch lassen sie sich verwenden, um umgekehrt ein Bild von der sozialen Zusammensetzung der Wähler:innenschaft einer Partei zu gewinnen. Hierzu sind zusätzlich Daten über die Zusammensetzung der Gesamtheit der Wahlberechtigten und über spezifische Wahlbeteiligungsquoten erforderlich, die nur bruchstückhaft überhaupt existieren und zum Teil lediglich geschätzt werden können². Auf der Basis der verfügbaren Zahlen habe ich eine grobe Annäherung berechnet, die im Detail Unsicherheiten enthält, dennoch aber einen brauchbaren Überblick über die Größenordnungen ermöglicht. Und dieser lässt die AfD direkt einem deutlich anderen Licht erscheinen: So erhielt die AfD von ihren bundesweit 5,88 Millionen Zweitstimmen etwa 14% (825.000) von Arbeiter:innen und 3% (195.000) von Arbeitslosen – diese Gruppen machten also zusammen gerade einmal ca. 17% der Wähler:innenschaft der Partei aus. Der größte Block an Stimmen für die AfD, nämlich 36% (2,1 Mio.) kam von den Angestellten, weitere 30% (1,75 Mio.) von Rentner:innen. Selbständige machten 6% (370.000) und Beamte 4% (215.000) der AfD-Stimmen aus. Die AfD ist also ihrer Anhänger:innenschaft nach durchaus keine „Arbeiter:innenpartei“ und auch nicht vorrangig eine Partei der sozial Benachteiligten, sondern eine Partei, die in der ganzen Breite der wahlberechtigten Bevölkerung Zuspruch findet und ihre wichtigsten Wähler:innenreservoirs bei Angestellten und Rentner:innen mobilisieren konnte³.

² Besonders hilfreich war hier die Auswertung von Brenke und Kritikos (2017: 598), die mit Hilfe von Paneldaten von 2016 die Sozialstruktur der wahlberechtigten Bevölkerung rekonstruiert haben. Auf dieser Grundlage war lediglich eine von der vorliegenden Literatur zu den sozialen Ungleichheiten der Wahlbeteiligung informierte Schätzung der ungefähren spezifischen Wahlbeteiligungsquoten der einzelnen Gruppen erforderlich, um die Zusammensetzung der AfD-Wähler:innenschaft annäherungsweise berechnen zu können. Unterstellt habe ich für Arbeiter:innen eine Beteiligungsquote von 60%, für Arbeitslose von 50%, für Angestellte von 80%, für Rentner:innen 90% und für Selbständige sowie Beamte 95%.

³ Zu ähnlichen Feststellungen kamen für die Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai diesen Jahres Bergmann et al. (2017), die auf Daten des SOEP zurückgriffen.

Zusammensetzung der Wähler:innenschaft der AfD

Bundestagswahl 2017 - Näherungswerte, geschätzt auf der Basis von Brenke/Kritikos 2017

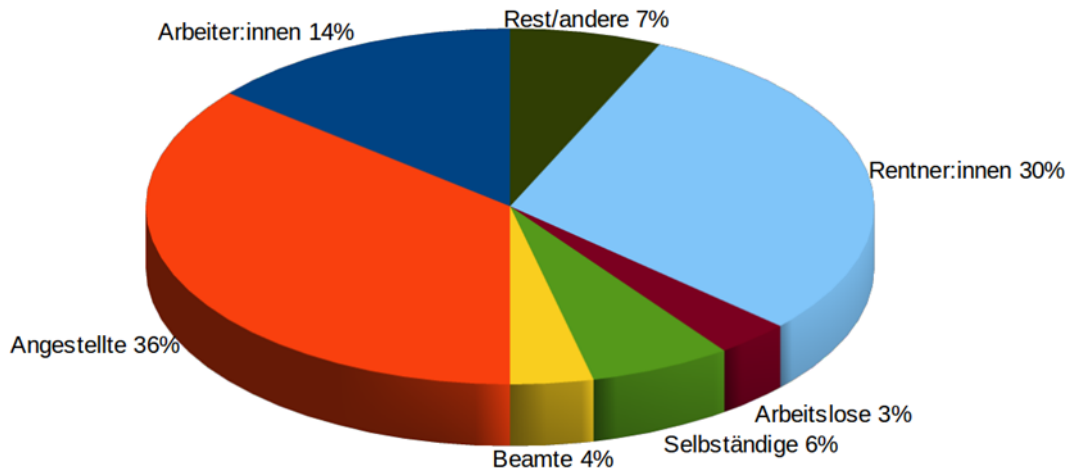


Abb. 2: Zusammensetzung der AfD-Wähler:innenschaft nach Erwerbsstatus (Quellen: Brenke/Kritikos 2017, Infratest dimap, eigene Berechnungen und Schätzungen).

Fazit: Ja, die Anteile der AfD unter denjenigen Arbeiter:innen und Arbeitslosen, die überhaupt zur Wahl gingen⁴, sind deutlich überdurchschnittlich – aber auch wenn nur Angestellte, nur Rentner:innen, nur Beamte oder nur Selbständige gewählt hätten, wäre sie bequem in den Bundestag eingezogen. Und gleiches gilt auch für andere oft herangezogene Strukturkategorien: Ja, die AfD war vor allem unter Wähler:innen mit eher einfacher Bildung erfolgreich (14%) – aber auch unter Akademiker:innen holte sie 7%. Ja, sie wurde von Männern im Osten mit 25% besonders häufig gewählt – aber auch wenn nur westdeutsche Frauen gewählt hätten, wäre sie auf 8% der Stimmen gekommen⁵.

Auch die gewohnten regionalen Zuordnungen führen leicht zu tückischen Fehlschlüssen. Bei genauerem Blick auf die Karte sind es nicht einfach nur die wirtschaftlich abgehängten Landstriche, in denen die Menschen besonders stark der AfD zuneigen: Außer in der Universitätsstadt Münster, wo sie diese Marke ganz knapp verfehlte, erreichte die AfD in sämtlichen Wahlkreisen mehr als fünf Prozent der Stimmen. Das AfD-Ergebnis war zwar im Osten mit insgesamt 21,9% erschreckend hoch, dennoch wäre sie ohne die 10,7%, die sie auch im Durchschnitt des Westens erhielt, im Bundestag eine Splitterpartei geblieben. Sie ist also weder ein spezifisches Ost-Phänomen (auch wenn hier besondere Probleme hinzukommen), noch eines, das sich nur auf ökonomisch benachteiligte oder „abgehängte“ Regionen konzentriert. Auch in München, Köln oder Hamburg nahm sie die Fünfprozenthürde mit

⁴ Und das sind trotz eines nachweisbaren mobilisierenden „AfD-Effekts“ in diesen Gruppen immer noch deutlich weniger als in den im Schnitt weniger benachteiligten Erwerbskategorien (vgl. Vehrkamp/Wegschaidt 2017: 20).

⁵ Ostdeutsche Frauen wählten mit 16% ebenfalls überdurchschnittlich AfD, bei westdeutschen Männern lag sie mit 13% im Schnitt. Die genannten Daten beruhen auf den Nachwahlbefragungen von Infratest dimap (für die ARD) und der Forschungsgruppe Wahlen (für das ZDF).

Leichtigkeit, und zu ihren Hochburgen im Westen gehören nicht etwa nur Ruhrgebietsstädte oder der wirtschaftlich tatsächlich gebeutelte Bayerische Wald, sondern auch durchaus wohlhabende Gegenden etwa im ländlichen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Im Norden, der in ökonomischer Hinsicht eher die Problemregion des Westens ist, blieb sie zwar fast durchgängig deutlich unter ihrem Bundesschnitt – doch auch hier zeigt sich bei genauem Hinsehen, dass etwa im Kernland von Volkswagen im östlichen Niedersachsen, einer derzeit wahrhaft prosperierenden Region, außerhalb der Großstädte Hannover und Braunschweig mehr Menschen AfD wählten als im strukturschwachen Norden und Westen des gleichen Bundeslandes.

Dass die AfD so erfolgreich ist, ist also kein reiner Effekt von Wut oder Verzweiflung über reale materielle Notlagen und wirtschaftlichen Abstieg. Nun liegt es nahe zu vermuten, dass es dann eben die *Angst* vor dem Abstieg war, derentwegen ihr die Wähler:innen zuliefen. Auch diese Annahme taugt aber allenfalls teilweise zur Erklärung. Denn aller Rede über zunehmende Abstiegsängste (Nachtwey 2016) zum Trotz hat die Umfrageforschung in den letzten Jahren einen rapiden Rückgang solcher Ängste aufgezeigt (Lengfeld/Ordemann 2017) – und das wird auch durch die Ergebnisse der Nachwahlbefragungen bestätigt. Insgesamt sind die Deutschen laut ihrer Aussagen am Wahltag mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage ebenso wie mit der des Landes so zufrieden wie noch nie. 84% der am Wahltag Befragten stimmten der Aussage „Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist gut“ zu – zum Vergleich: Noch im letzten Jahrzehnt bejahten das nur zwischen 12 (2002) und 19 (2009) Prozent. Auch die Aussage, die Arbeitslosigkeit sei das größte Problem in Deutschland, wurde gerade noch von 8% geteilt – 2005 waren es noch 88% gewesen. Und auch die eigene wirtschaftliche Situation bewerteten selbst die bekennenden AfD-Anhänger:innen weit mehrheitlich als gut: mit 73% gaben diese Einschätzung zwar weniger von ihnen zu Protokoll als in der Anhängerschaft anderer Parteien (bei CDU, Grünen und FDP waren es um die 90%) – dennoch: die große Mehrheit auch der AfD-Wähler:innen sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufrieden. Angesichts dessen lässt sich wohl kaum behaupten, die AfD sei *in erster Linie* aus Motiven von wirtschaftlichem Frust oder Statusangst gewählt worden. Allerdings – auch das darf hier nicht verschwiegen werden – scheint sich hinter der Fassade der verbreiteten Zufriedenheit doch auch ein zunehmendes Gefühl der *Beunruhigung* über die gesellschaftliche Situation insgesamt (also nicht nur über deren ökonomische Dimension) breit zu machen. So wurde die Frage danach, wie gut „Deutschland auf die Zukunft vorbereitet“ sei, nur noch von einer knappen Mehrheit von 52% der von der Forschungsgruppe Wahlen befragten Wähler:innen mit „eher gut“ beantwortet (2013 meinten das noch 68%), 42% dagegen wählten die Antwortmöglichkeit „eher schlecht“ (2013: 27%).

Hier deutet sich eine für die deutsche Gesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts typische Stimmungslage an: Von ihrem „Platz an der Sonne“ der imperialen Lebensweise aus verstärkt sich der hierzulande seit der Nachkriegszeit ohnehin tief in den Mentalitäten verankerte Wunsch nach Kontinuität und Stabilität. Eine große Mehrheit wünscht sich vor allem, dass sich an ihrer eigenen Lebensweise und Situation (mit der sie sich ja weit mehrheitlich so zufrieden zeigen) möglichst nichts ändern soll, und hat an die Parteien vor allem den Anspruch, dass sie sich hierfür einsetzen sollen.

Gleichzeitig aber lässt sich auch eine Erwartung, ja ein unterschwelliges Wissen darum nicht mehr verdrängen, dass dies letztlich ein frommer Wunsch ist und dass sich weitreichende Veränderungen mit erheblichen Auswirkungen auf eben diese Lebensweise abzeichnen.⁶ Unverdrängbar angekündigt haben sich diese Veränderungen im Zeitraum seit der letzten Bundestagswahl in Gestalt der seit 2015 in deutlich gesteigener Zahl hierzulande angekommenen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Armut nach Europa fliehen, um sich der (direkt oder indirekt) zerstörerischen Auswirkungen der global-imperialen Machtverhältnisse auf ihre Länder zu entziehen und auf diese Weise vielleicht die „Verliererseite“ verlassen zu können. Die Veränderungen, die sich hier, aber auch an anderen Schauplätzen sich intensivierender Krisenerscheinungen wie dem Klimawandel andeuten, werden mit tiefer Verunsicherung gesehen. Verschiedene jüngere Studien zur Veränderung politischer Mentalitäten haben festgestellt, dass das im Klima einer seit mehreren Jahrzehnten aktiv politisch betriebenen Desolidarisierung, also des Abbaus historisch erkämpfter kollektiver Absicherungen bei gleichzeitiger endloser Beschwörung von „Eigenverantwortung“, von Teilen der Bevölkerung durch ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber anderen und einen Rückzug auf das als (noch) sicher und stabil empfundene Gebiet des Privaten verarbeitet wird (Hilmer et al. 2017, Kahrs 2017a: 11, Vester 2017).

Was nun aber die AfD-Wähler:innen als Gruppe im Kern auszumachen scheint, ist nicht, dass sie diese tiefgreifende Verunsicherung verspüren (denn das tun sehr viele andere auch), und auch nicht einmal das beschriebene Reaktionsmuster von zunehmendem Misstrauen und Rückzug ins Private (das immer noch mit sehr unterschiedlichen politischen Positionierungen einhergehen kann). Was die AfD-Wähler:innen vielmehr wirklich zentral vereint, ist die ethnozentrische und rassistische Art und Weise, auf die sie dies in ihrer (proto-)politischen Weltsicht verarbeiten. Das zentrale Thema, das sie durch ihre Positionierung in den zitierten Befragungen selber setzen, ist ihr eigener Rassismus: Es geht hier nicht einfach um Spaltungslinien wie arm-reich, Ost-West oder Stadt-Land und auch nicht um eine Spaltung zwischen „Zufriedenen“ und „Verunsicherten“, sondern darum, dass die AfD-Wähler:innen selbst Fragen von ethnischer Homogenität und der Aufrechterhaltung klarer Innen-Außen-Trennungen zum Zentrum ihrer Vorstellungen von einer möglichen Überwindung ihrer „Sorgen“ machen.

Und diese Leute sind mit ihren Einstellungen nicht vom Himmel gefallen, sondern sie waren schon immer da, und sie haben schon immer so gedacht und empfunden. Im Osten hat die Linke überall dort, wo die AfD am stärksten gewonnen hat, ihre stärksten Verluste erlitten, im Westen ist das Muster des Stimmenaustauschs zwischen CDU/CSU und AfD ähnlich. Hier wie dort handelt es sich um Gruppen, die von diesen Parteien seit langem als Wähler:innen gebunden worden waren, ohne dass dies bedeuten würde, sie wären bislang nicht im gleichen Maße ethnozentrisch und autoritär eingestellt gewesen. Das entspricht der Feststellung Didier Eribons (2016), seine vormals kommunistisch wählende Verwandtschaft habe auch damals schon dieselben grundlegenden Einstellungen gehabt, die sie nunmehr zur Wahl des Front National bewogen hätten.

⁶ Dieses Grundmuster ist in jüngster Zeit in einer ganzen Reihe von Studien aufgezeigt worden. Vgl. Hilmer et al. 2017, Lengfeld 2017, für eine Zusammenfassung Kahrs 2017a: 11f.

Was die plötzliche heftige Abwehrreaktion und die etwa von Pegida, aber auch in den hinter den Kulissen von der AfD orchestrierten unflätigen Protesten bei Auftritten Merkels und anderer Regierungspolitiker:innen zum Ausdruck kommende verblüffend aggressive Wut auslöste, war dabei ein genuin *politisches* Geschehen: Die angesichts des Leids der Flüchtenden am Budapester Bahnhof Keleti aus humanitären Gründen von Merkel vollzogene Abkehr von jener Politik der konsequenten Abschirmung der deutschen Bevölkerung gegen die „neue Unordnung“ einer Welt, die ihrer früheren orientierenden Strukturen verlustig gegangen und von wachsenden und zunehmend unkalkulierbaren Unsicherheiten und Bedrohungen gekennzeichnet zu sein scheint. Noch 2013 hatte das zentrale Versprechen der Kanzlerin, wie schon bei den beiden von ihr gewonnenen Wahlen zuvor, darin bestanden, dass mit ihr an der Spitze die Deutschen weiter mit der Unordnung der Welt in Ruhe gelassen würden. Zugespielt gesagt, war das Merkelsche Angebot eines geräuschlosen politischen Problemmanagements bis 2015 zugeschnitten auf Menschen, die Politik hassen und mit ihr tunlichst in Ruhe gelassen werden wollen. Dass dies nun plötzlich nicht mehr zu gelten schien und die Realität zeitweilig in den „deutschen Planeten“ (Die Goldenen Zitronen, 1994) einbrach, konnte ihr nicht verziehen werden: „Auf der subjektiven Seite dessen, was Ulrich Brand und Markus Wissen als ‚imperiale Lebensweise‘ bezeichnen und Stephan Lessenich als ‚Externalisierungsgesellschaft‘ auf den Begriff bringt, erscheint die ‚Flüchtlingswelle‘ im Sommer 2015 als Vorbote globaler Verteilungskämpfe, dessen Kommen vor dem Hintergrund anhaltender ungleicher globaler Lebensverhältnisse und Entwicklungsmöglichkeiten schon länger befürchtet wurde. Die Abwehr der Fremden, der fremden Ansprüche, die Verteidigung des eigenen Wohlstands und der eigenen Lebensweise als Teil nicht (nur) innergesellschaftlicher, sondern globaler Verteilungskämpfe gibt dem Nationalismus eine neue Note“ (Kahrs 2017b: 23).

Wenn es eine klare Scheidelinie zwischen AfD-Anhänger:innen und Wähler:innen des restlichen politischen Spektrums gibt, dann ist diese folglich weder durch den ökonomischen Status noch die gefühlten eigenen Perspektiven bestimmt, sondern sie verläuft entlang eben dieses des Bruchs zwischen im Kern rassistischen und anderen Verarbeitungsweisen. Unübersehbar ist das an der Frage nach der Zufriedenheit mit Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Unter den Anhänger:innen aller Parteien diesseits der AfD war diese ausgesprochen umstritten: Zwei Drittel der Unionswähler:innen und sogar fast vier Fünftel der Grünen-Anhänger:innen gaben an, mit ihr zufrieden zu sein, die Wähler:innen der SPD waren fast genau hälftig gespalten, und Wähler:innen von FDP und Linke waren (wohl aus recht unterschiedlichen Gründen) zu gut 60% unzufrieden. Die Anhänger:innen der AfD aber antworteten zu 100% (!), sie seien unzufrieden. Oder die in einer Befragung kurz vor dem Wahltag gestellte Frage „Wünschen sie sich für die Zukunft ein weltoffenes Land oder sollten nationale Grenzen wieder eine größere Rolle spielen?“. Anhänger:innen von Grünen, SPD, Linke und sogar der Union sprachen sich mit 80% oder mehr weit überwiegend für Weltoffenheit aus, FDP-Anhänger:innen immerhin noch zu 61% - die der AfD Zugeneigten dagegen gaben aus ihrer Schmollecke heraus zu 85% zu Protokoll, lieber die Zäune hochziehen zu wollen. Das ist eine klare Polarisierung – aber nicht innerhalb der demokratischen Gesellschaft, sondern zwischen der demokratischen Gesellschaft und den Anhänger:innen der AfD. Der Grundkonflikt dreht sich nicht um ökonomische Ungleichheiten, sondern

um das Verhältnis zu gesellschaftlicher Modernisierung, Öffnung, zu globaler Vernetzung und der zunehmenden Verschiedenheit von Lebenspraktiken, vor allem aber dreht er sich darum, dass diese Leute *hier eben keine Ausländer haben wollen*.

Die Wahrheit ist so schlicht wie schwer zu verdauen: Die 12,6% der Wähler:innen in Deutschland, die AfD wählten, wollten damit nicht „eigentlich“ die Regierung für ihre Sozial- oder Steuerpolitik abstrafen, dafür, dass sie zu wenig gegen soziale Ungleichheiten tat. Nein: Sie wollten Merkel für die *eine* Entscheidung in zwölf Jahren Regierungspolitik bestrafen, die nicht einem machtpolitischen, taktischen oder ökonomischen Kalkül, sondern einer humanitären Regung folgte. 12,6% wählten nicht deshalb eine autoritär-nationalistische Partei, weil sie „eigentlich“ etwas anderes wollten, sondern ganz einfach weil sie autoritär und nationalistisch – oder zumindest autoritätsgebunden und ethnozentrisch⁷ – denken und empfinden. Daran ändert auch der immer wieder zitierte Befund nichts, dass 61% von ihnen die Stimme für die AfD nicht abgaben, weil sie von dieser Partei überzeugt, sondern weil sie von den anderen enttäuscht waren. Denn die Enttäuschung rührt eben daher, dass sie sich beim restlichen Parteienspektrum mit ihrer Überzeugung, dass Deutsche bevorzugt behandelt und Ausländer:innen nicht ins Land gelassen gehörten, nicht mehr aufgehoben fühlten⁸.

These 2: Eine klassenübergreifende Allianz mit dem Ziel, die Zeit zurückzudrehen

Der autoritäre Nationalismus ist eine klassenübergreifende Bewegung derer, die die Modernisierung der imperialen Produktions- und Lebensweise vom organisiert-kapitalistischen zum flexibel-kapitalistischen Modell nicht mitgemacht haben und die Zeit zurückdrehen wollen.

Der aktuelle Erfolg der AfD verdankt sich der Tatsache, dass sie mit ihrer Politik eben nicht nur die Interessen einer bestimmten Klassenfraktion aufgreift und bedient, sondern dass es ihr gelungen ist, eine vertikale Allianz zwischen bestimmten Teilen der Eliten aus den wirtschaftlichen und administrativen Feldern einerseits und Gruppen der sozialen Mitte sowie der Unterprivilegierten andererseits herzustellen. Diese Allianz hat Michael Vester (2017) bereits vor der Wahl in seiner Analyse der Konstellation von insgesamt sieben gesellschaftspolitischen Lagern in der bundesdeutschen Gesellschaft skizziert⁹. Ihren Kern bildet das klar autoritär, rassistisch und

⁷ Vgl. zu dieser Unterscheidung Vester 2017.

⁸ Das gilt im Osten selbst für die Linke: Was diese in den neuen Ländern flächendeckend an Stimmen verlor, gewann die AfD hinzu.

⁹ Die sieben von Vester (ebd.: 8) unterschiedenen Lager gliedern sich in drei „eliteorientierte Modelle“ und drei „Modelle sozialer Gerechtigkeit“. Zu den „eliteorientierten Modellen“ zählen die (im Wesentlichen für ein progressiv-neoliberales Programm stehenden) „Radikaldemokrat:innen“ (11% der Bevölkerung), die an ständischen Hierarchien orientierten „Traditionell-Konservativen“ (14%) und die rassistisch und sozialdarwinistisch denkenden „Rebellisch-Autoritären“ (14%). Die „Modelle sozialer Gerechtigkeit“ umfassen die egalitär und zivilgesellschaftlich orientierten „Sozialintegrativen“ (13%), die aus dem politischen Raum weitgehend zurückgezogenen, aber im Kern solidarischen „Skeptisch-Distanzierten“ (18%), die

sozialdarwinistisch orientierte Lager der „Rebellisch-Autoritären“ (ca. 14% der Gesellschaft), das seit dem Rechtsruck der Partei nach dem Abgang vieler Nationalliberaler um den Parteigründer Bernd Lucke die Mehrheit der Mandatsträger:innen und Funktionär:innen der AfD stellt. Eine wichtige Rolle spielen daneben aber auch weiterhin Teile der „Traditionell-Konservativen“ (ebenfalls ca. 14%), die stärker als die „Rebellisch-Autoritären“ in den gesellschaftlichen Eliten verankert sind und mit ihrer Seriosität und ihrem Prestige entscheidend dazu beitragen, dass sich die AfD als für einen signifikanten Teil der Wahlberechtigten akzeptable politische Kraft etablieren konnte. Als Klientel im unteren sozialen Raum, die an den Wahlurnen für die kritische Masse sorgte, sind zudem große Teile der „Resigniert-Autoritätsgebundenen“ (ca. 13%) mit in die Allianz eingebunden. Diese Gruppe teilt laut Vester zwar nicht den aggressiven Hass und die Gewaltbereitschaft der „Rebellisch-Autoritären“ und wünscht sich statt des Rechts des Stärkeren eher politische Protektion nach dem Muster des Patron-Klient-Verhältnisses, definiert die eingeforderte Gerechtigkeit aber dennoch in erster Linie entlang ethnischer Kriterien. Wie auch die oben angeführten Ergebnisse zur Zusammensetzung der AfD-Wähler:innenschaft zeigen, ist es damit der autoritär-nationalistischen Rechten erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gelungen, sich als voraussichtlich auf längere Zeit stabile, in der *sozialen* Mitte¹⁰ der Gesellschaft verankerte Kraft zu etablieren.

Dass diese Klassenallianz in ihrer Zusammensetzung nicht nur extrem hierarchisch, sondern durchaus auch von Bruchlinien gekennzeichnet ist und dass sich ihre derzeitige Stärke infolgedessen mittelfristig auch relativieren könnte, lässt sich erkennen, wenn man die Zusammensetzung der neu gewählten AfD-Bundestagsfraktion mit der ihrer Wähler:innenschaft vergleicht. Die AfD-Bundestagsfraktion repräsentiert zwar ideologisch die Ansichten einer großen Mehrheit ihrer Wähler:innen – soziologisch repräsentativ für deren soziale Hintergründe ist sie indes überhaupt nicht. Unter den 94 für die AfD gewählten Abgeordneten sind keine Arbeiter:innen, sieben (8%) nicht aktiv Erwerbstätige (darunter Studierende, Rentner:innen und einzelne mit unklarem Status), 17 (18%) Angestellte, neun (10%) Führungskräfte und Manager:innen, 18 (19%) Beamt:innen und 42 (45%) Selbständige und Freiberufler:innen. Zur letzteren Gruppe zählen neben einer ganzen Reihe von Rechtsanwält:innen, einem Handwerksmeister sowie mehreren Immobilienentwicklern und -verwalter:innen auch und gerade auffällig viele, die ihren Tätigkeitsbereich als Selbständige in der Unternehmens- und Institutionenberatung haben. Damit ist gerade die letztere Gruppe – wie in einer Studie von Wolfgang

meritokratischen Gerechtigkeitsvorstellungen anhängenden „Gemäßig-Konservativen“ (17%) sowie die „Resigniert-Autoritätsgebundenen“, die Gerechtigkeit in erster Linie nach ethnischen Kriterien definieren und politisch primär Protektion gegen die soziale Konkurrenz von „außen“ erwarten.

¹⁰ Damit soll nicht ein weiteres Mal die in letzter Zeit immer wieder gehörte Pauschalisierung vorgenommen werden, derzufolge der Rassismus „aus der Mitte der Gesellschaft“ komme, weshalb praktisch alle sozialen Gruppen gleichermaßen dafür verantwortlich zu machen bzw. unter entsprechendem Verdacht zu stellen seien. Wie Vesters Analyse ebenfalls sehr deutlich zeigt, ist die *soziale* Mitte nicht identisch mit der *politischen* Mitte. Vielmehr ist erstere hinsichtlich ihrer politischen Grundorientierungen ausgesprochen heterogen und umfasst die genannten ethnozentrischen Lager ebenso wie solche, deren alltagsweltliche politische Haltungen klar anti-rassistisch und antihierarchisch sind – namentlich die ca. 13% der „Sozial-Integrativen“ und die ca. 18% der „Skeptisch-Distanzierten“. Gerade letztere sind mit ihrer Orientierung an nachbarschaftlicher Solidarität und Hilfe im Notfall der lebende Beweis dafür, dass die Entfremdungs- und Frustrationserfahrungen angesichts der als bedrohlich wahrgenommenen Veränderungen in einer unübersichtlichen Welt selbst bei einem Rückzug ins überschaubare Private nicht nur rassistisch, sondern auch solidarisch verarbeitet werden können. Pauschale Rassismuskritik an „die Mitte“ werden den Haltungen dieser Gruppen nicht gerecht.

Schroeder et al. vor kurzem auch schon für die Landtagsfraktionen der AfD festgestellt (Schroeder et al. 2017: 15ff) – in erheblichem Maße überrepräsentiert. Das gilt auch dann, wenn man den durchgängig hohen Anteil insbesondere von Freiberufler:innen (und hier noch einmal verstärkt von Rechtsanwält:innen) in den Parlamenten in Rechnung stellt.

AfD: Wähler:innenschaft und Repräsentant:innen

Zusammensetzung der AfD-Wähler:innen und der gewählten Bundestagsfraktion nach Erwerbsstatus

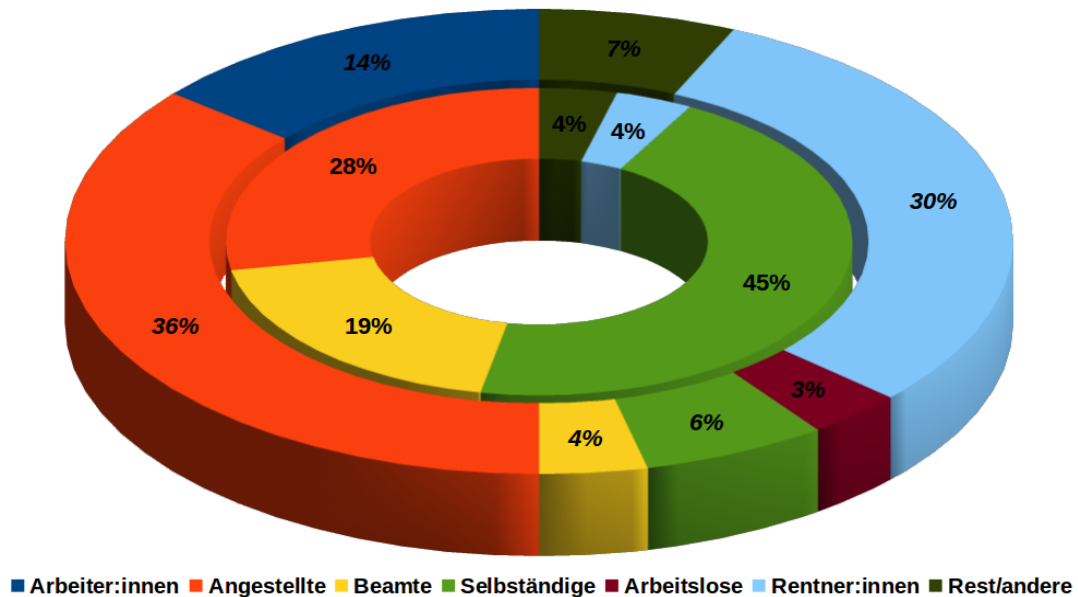


Abb. 3: Zusammensetzung der Wähler:innen der AfD (äußerer Ring) und ihrer Bundestagsfraktion (innerer Ring) nach Erwerbsstatus (Quellen: bundestag.de, zeit.de, eigene Recherchen)

Diese Dominanz der Selbständigen und Freiberufler:innen ist umso bemerkenswerter, als sie sich eben an der Wähler:innenbasis gar nicht widerspiegelt. In ihrer Gesamtheit stimmten die Selbständigen in unterdurchschnittlichem Ausmaß für die AfD. Sie stellt allerdings eine Gemeinsamkeit mit der rechten außerparlamentarischen Opposition dar, also mit jenen Gruppen zwischen der rassistischen und antimuslimischen Gruppierung „Pegida“ und dem offenen Neonazismus, die in den letzten Jahren verstärkt aggressiv auf der Straße agitieren. Deren regionale Führungsfiguren sind in den meisten Fällen ebenfalls Kleinunternehmer:innen, die allerdings eine Stufe tiefer in der sozialen Hierarchie rangieren. Pegida-Gründer Lutz Bachmann etwa verdiente sein Geld vor der (für ihn offenbar finanziell einträglichen) Gründung der „Bewegung“ mit einer kleinen Werbeagentur sowie „freiberuflichen“ Tätigkeiten im Rotlichtmilieu und im Bereich der Kleinkriminalität, David Köckert von der thüringischen „Thügida“, zuvor Aktivist der NPD und für diese im Rat der Stadt Greiz, ist Inhaber eines (inzwischen insolventen) Handwerksbetriebs. Es scheint also etwas Grundsätzlicheres in der Erfahrungswelt und im sozialen Habitus dieser Gruppen zu geben, was sie dafür prädestiniert, in autoritär-nationalistischen Bewegungen Führungsrollen zu übernehmen. Mein Eindruck ist, dass es sich hier oftmals um eine

spezifische Form von „politischem Unternehmertum“ handelt. Das bedeutet zum einen, dass Selbständige aufgrund der strukturellen Situation ständiger Konkurrenz, unter der sie im Erwerbsleben für gewöhnlich operieren, nicht nur an harte, taktisch geführte Machtkämpfe gewöhnt sind, wie sie zumal in einer Partei voller autoritärer Charaktere geführt und gewonnen werden müssen, und sich deshalb schon instinktiv zielstrebig für Führungspositionen in Stellung bringen. Zum anderen heißt es aber auch, dass sie mit ihrer Gewöhnung an die Konkurrenz sowie den Fähigkeiten zur Selbstvermarktung und strategischen Positionierung, die sie ebenfalls aus dem Erwerbsleben mitbringen, über Ressourcen verfügen, die sie im politischen Raum rechter Parteien und Bewegungen besonders gut in politisches Kapital konvertieren können.

Aus der erwähnten Studie von Schroeder et al. geht in diesem Zusammenhang zudem hervor, dass diese zentrale Rolle von Selbständigen auf der Ebene der Landtage im Osten stärker ausgeprägt ist als im Westen. So bestehen die AfD-Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen zu 46% aus Selbständigen, die West-Fraktionen dagegen „nur“ zu 32%. Ihre starke Position in den Ost-Fraktionen bildet sich damit in der Zusammensetzung der Bundestagsfraktion praktisch in vollem Umfang ab. Das lässt sich als Hinweis darauf lesen, dass sich jene sozialen Gruppen innerhalb der aktiven AfD-Träger:innenschaft, die in den ostdeutschen Landesverbänden die entscheidenden Machtpositionen einnehmen, auch in der Auseinandersetzung um die aussichtsreichen Listenplätze meist durchgesetzt haben.

Eine überdurchschnittlich große Lücke zwischen Wähler:innenschaft und Fraktion tut sich auch beim Bildungsniveau auf: Gewählt wurde die AfD überdurchschnittlich von Wähler:innen mit einfachen (Hauptschule 14%), vor allem aber mittleren Bildungs- und Berufsabschlüssen (Realschule 17%). Bei Wähler:innen mit Abitur schnitt sie mit 10% schwächer ab, am wenigsten Stimmen erhielt sie unter Akademiker:innen (7%). Die einfacher Gebildeten sind damit innerhalb der AfD-Wähler:innenschaft übrigens weniger stark überrepräsentiert als unter den Wähler:innen von Union und SPD. Auch in dieser Hinsicht bildet die AfD-Bundestagsfraktion mit ihrem sehr hohen Akademiker:innenanteil – 49% haben einen Hochschul-, 13% einen FH-Abschluss, 21% sind promoviert – eher einen scharfen Kontrast zu ihrer Wähler:innenschaft denn deren Abbild. Noch frappanter ist diese Repräsentationslücke im Hinblick auf die ca. 40% Frauen unter den AfD-Wähler:innen¹¹: unter den 94 gewählten Abgeordneten waren ganze 11 Frauen, nach dem Abgang von Frauke Petry und einem weiteren (männlichen) Abgeordneten stehen nun 10 Frauen (11%) 81 Männern (89%) gegenüber.

Um eine in sich so disparate Allianz zusammenzuhalten, braucht es Versprechen, die es für die Klientel im mittleren und unteren sozialen Raum attraktiv machen, ihre politischen Interessen an eine in ihrer Zusammensetzung so klar elitäre Kraft zu delegieren. Und das Kernversprechen lautet ganz einfach: Wir sorgen dafür, dass sich nichts ändert. Dieses Versprechen hat verschiedene Dimensionen: Nicht ändern sollen sich die hergebrachten Autoritätsbeziehungen zwischen Alt und Jung, zwischen Eliten und breiter Bevölkerung oder zwischen staatlichen Institutionen und Bevölkerung, die die AfD mit ihrer

¹¹ Laut einer Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov für die Wochenzeitung *Die Zeit* in der ersten Jahreshälfte 2017 (s. Steffen 2017)

Familienpolitik, ihrem Lob des familiär geführten Mittelstandsunternehmens oder ihren Forderungen nach Remilitarisierung und Ausbau der Polizei wieder zu stabilisieren verspricht.

Nicht ändern sollen sich auch die – faktisch doch längst sehr weitgehend veränderten – Geschlechterverhältnisse: „Männer sollen wieder Männer“ und „Frauen wieder Frauen“ sein, erstere gehören in Wirtschaft und Armee, letztere zu Herd und Kindern, nicht-heterosexuelle Beziehungen sollen sich aus der Öffentlichkeit wieder aufs schummrige Bahnhofsklo verziehen – alles wie früher eben. Gerade die restaurative Geschlechterpolitik der AfD und ihre Verankerung in einer breiteren antifeministischen Strömung sind in ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis von Teilen der Partei kaum hoch genug zu bewerten (s. Fried 2017, Lang 2017). In der Wähler:innenmobilisierung allerdings kann sie in der subjektiven Bedeutung für die Anhängerschaft der AfD vor allem im Westen als bedeutender Faktor gelten, denn nur dort verbindet sich mit dem zurückgesehenen „Früher“ auch die ganz klare innerfamiliäre Arbeitsteilung des „Ernährermodells“, während in der DDR Frauenerwerbstätigkeit, organisierte Kinderbetreuung, geringere ökonomische Abhängigkeit und der Bedeutungsverlust religiös geprägter Normen Teil jener früheren Normalität waren, die sich die Anhänger:innen der AfD nun zurückwünschen¹².

Vor allem aber, und beim Blick auf Befragungsergebnisse für die AfD-Wähler:innen selbst fraglos absolut zentral, sind es die Innen-Außen-Verhältnisse der eigenen Gesellschaft, ist es ihre Machtstellung im Verhältnis zu anderen Ländern und zu Nichtdeutschen hier, an der sich unter keinen Umständen etwas ändern soll.

Im Kern richtet sich die Rhetorik der AfD in jedem der genannten Felder auf die Rückkehr zu einem angeblichen früheren Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft, in dem „die Welt noch in Ordnung“ war und die verunsichernden Unordentlichkeiten der globalisierten Gegenwart noch nicht ins eigene Leben eingebrochen waren. Und genau deshalb wurde sie auch gewählt, wie die Angaben in den Nachwahlbefragungen zu den Sorgen der Wähler:innen belegen. Immer wieder wird zwar zitiert, dass 91% der AfD-Wähler:innen (70% insgesamt) angaben, sie sorgten sich, dass „unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet“, was als Hinweis gewertet wird, dass es ihnen „eigentlich“ um Fragen der sozialen Gerechtigkeit gehe. Nur: Erstens ist die Aussage so offen formuliert, dass das Auseinanderdriften zwischen „oben und unten“ nur eine von vielen möglichen Deutungen darstellt. Und zweitens bejahten die AfD-Wähler:innen – die auf einem generell sehr hohen Sorgenniveau operieren – drei weitere Aussagen noch höher: 93% sorgten sich vor einem zu großen Einfluss des Islam in Deutschland, 94% befürchteten, dass „sich unser Leben in Deutschland zu stark verändern wird“ und 95% hatten Angst vor einem „Verlust der deutschen Kultur“. Es ging ihnen also ihrer eigenen Aussage nach nicht so sehr um Verteilungsfragen wie um eine durch Religion (bzw. Abwesenheit derselben), „Kultur“, Gewohnheiten und Konventionen definierte Lebensweise, die sie konserviert haben wollen.

¹² Es handelt sich hier um ein für das Verständnis der Politik der AfD zentrales Thema, das unbedingt weiterer Forschung bedarf – für das Verständnis der gesamtdeutschen Dynamik des AfD-Wahlerfolgs allerdings scheint die in Ost wie West gleichermaßen durch Umfragedaten belegte Zentralität des Themas Migration und der damit berührten Fragen der Verteidigung des eigenen Wohlstands auf globaler Ebene entscheidender.

Das wusste auch AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland, als er am Wahlabend in der Talkshow *Anne Will* die Vorhaben seiner Fraktion für die nächsten vier Jahre in dem Satz "Wir wollen das Land erhalten, wie wir es bisher kannten, vor der Flüchtlingskrise" zusammenfasste.

Dieses Versprechen stellen nicht nur die AfD, sondern alle autoritär-nationalistischen Kräfte ganz explizit ins Zentrum ihrer Agitation. Gauland hatte es schon früher am Wahlabend plakativ erneuert, indem er sagte, man werde sich „unser Land und unser Volk zurückholen“, und Donald Trump spricht es nicht weniger verhohlen aus, wenn er „America great again“ machen will. Gerade bei Trump wird dabei auch etwas augenfällig, was bei allen autoritär-nationalistischen Parteien (jedenfalls in Westeuropa) in diesem Versprechen enthalten ist: Dass es sich dabei um ein Programm der *Herrschaftssicherung*, ja der Restauration einer als gefährdet oder verloren angesehenen eigenen Herrschaftsposition handelt: „great again“ zu werden heißt, mit dem Rest der Welt wieder oder weiter so rücksichtslos und egoistisch umspringen zu können wie man es gewohnt ist oder war. Das mag nicht per se das Anliegen vieler ihrer Wähler:innen sein – wohl aber ist es die logische Konsequenz dessen, was sie sich gerne versprechen lassen. Damit aber mögliche Zweifel auch ganz sicher nicht aufkommen, wird zugleich die imperiale Lebensweise, die auf diese Weise (in einer früheren Form) erhalten werden soll, ideologisch legitimiert, indem der Zusammenhang zwischen dem eigenen Reichtum und der Armut der anderen geleugnet und stattdessen die Beschwörung der eigenen Volksgemeinschaft in die Argumentation eingebaut wird, die sich den Wohlstand „hart erarbeitet“ habe. Als Beispiel hierfür ein Auszug aus der Rede, mit der sich Heiko Hessenkemper, Professor für Glastechnologie an der TU Bergakademie Freiberg und inzwischen für die AfD im Bundestag, für die Kandidatur im Wahlkreis Mittelsachsen bewarb:

„Wenn man wie ich im Ausland in vielen Ländern Einblicke in die soziale Realität nehmen kann und Gespräche mit den dortigen Menschen führt, so wird sehr schnell deutlich, dass wir hier in einem vergleichsweise paradiesischen Land leben, was durch die Bevölkerung hart erarbeitet wurde. Dies wird durch ideologisch motivierte Dummheit, Einflüsse und Weisungen von außen, einer antinationalen Prägung von jungen Menschen, wahrscheinlich in Kombination aller Faktoren, existentiell gefährdet. Anders ausgedrückt: nationale Interessen werden geradezu gezielt vernachlässigt. Dies führt zu dem Wahlkampfeslogan in meinem Wahlkreis: Unser Deutschland zuerst! [...] Unsere nationalen Interessen müssen wieder Priorität in der Außen- und Europapolitik, in der Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik, in der Bildungs- und Familienpolitik, in der Entwicklungshilfe und Verteidigungspolitik erhalten. In allen Politikbereichen muss die entscheidende Frage sein: Nützt es unseren nationalen Interessen. Erst dann können andere Interessen berücksichtigt werden.“

Damit werden die Gerechtigkeitsansprüche der eigenen Wähler:innenklientel instrumentalisiert und gleichzeitig gegen die Eindringlinge von „außen“ und gegen die politischen Akteure gewendet, die den angeblich hart erarbeiteten Wohlstand des eigenen „Volks“ in irregeleitetem Altruismus „verschenken“. Björn Höcke, Landes- und Fraktionschef der AfD in Thüringen und seiner Programmatik nach unleugbar

nationaler Sozialist, machte dieses Argument in einer Rede auf einer Kundgebung in Schweinfurt 2016 ganz besonders explizit:

„Wenn unsere Altparteipolitiker unsere Sozialversicherungssysteme Millionen Menschen öffnen, die niemals in unsere Systeme eingezahlt haben, dann ruinieren sie mutwillig die Grundlagen unserer gewachsenen Solidargemeinschaft [...] Diese soziale Frage stellt sich heute für Deutschland ganz neu und ganz anders. Es geht nicht mehr primär um die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten oder von unten nach oben oder von jung nach alt, das ist nicht mehr die primäre soziale Frage. Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts [...] ist eine andere: Es dürfen nicht länger Billionen ausgegeben werden für eine Politik, die nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt. [...] Es muss Schluss sein mit der Verschleuderung deutschen Geldes, es muss Schluss sein mit der ewigen Scheckbuchdiplomatie, und die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist also die Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens nicht von oben nach unten, nicht von jung nach alt, sondern über die Frage der Verteilung unseres Volksvermögens von innen nach außen!“

Weit davon entfernt, eine irgendwie geartete Kritik der imperialen Lebensweise zu formulieren, besteht das zentrale Versprechen von Kräften wie der AfD an ihre Klientel also einfach darin, einen früheren Zustand derselben wiederherstellen zu können. Hiermit allerdings begeben sich die autoritär-nationalistischen Kräfte in einen ganz offensichtlichen Konflikt mit der Realität der imperialen Lebensweise im 21. Jahrhundert, die unter Bedingungen verschärften globalen Wettbewerbs überhaupt nur deshalb aufrechterhalten werden kann, weil diese starren, für die Notwendigkeiten eines konkurrenzfähigen flexibel-kapitalistischen Produzierens völlig dysfunktionalen Sozialarrangements, deren Wiederherstellung sie sich wünschen, in den letzten Jahrzehnten gelockert worden sind. Dazu unten noch etwas mehr.

Eines bleibt aber zuvor mit Blick auf die Zusammensetzung der AfD-Bundestagsfraktion zur möglichen Zukunft der autoritär-nationalistischen Klassenallianz noch zu sagen, nämlich, dass bereits jetzt Sollbruchstellen in ihr erkennbar sind. Am offensichtlichsten ist das sicher am Austritt Frauke Petrys, die sich selbst als Konservative rechts der CDU sieht und derzeit an dem wenig aussichtsreichen Projekt einer Art „bundesweiter CSU“ arbeitet. Ein weiterer Bundestagsabgeordneter und einige Mitglieder von Landtagsfraktionen sind ihr bereits gefolgt. Perspektivisch tiefgreifender erscheint bei genauerer Analyse der persönlichen Hintergründe und Positionierungen der Abgeordneten jedoch eine andere Bruchlinie, und zwar die zwischen einer im Kern völkisch-rassistisch orientierten Mehrheit der Fraktion, die sich in ihrer Selbstdarstellung wie im Wahlkampf monothematisch auf die Themen Asyl- und Migrationspolitik, Grenzsicherung und „innere Sicherheit“ fixiert hat, und einer kleineren Gruppe von etwa einem Viertel bis einem Drittel der Abgeordneten, deren Position sich eher als „nationalistischer Neoliberalismus“ charakterisieren lässt und deren zentrale Motivation eher in der Gegner:innenschaft zur EU, dem Euro und besonders der Rettungspolitik für die gemeinsame Währung gilt, die sie aus einer technokratisch-ökonomistischen Perspektive als Verrat an deutschen wirtschaftlichen Interessen

angreifen. Auch wenn ihre Motivation ebenfalls eine nationalistische ist, lässt sich ihre technokratisch-ökonomistische Weltsicht nicht unbedingt ohne weiteres mit dem teils explizit antiliberalen Autoritarismus und völkischen Rassismus der Fraktionsmehrheit vereinbaren. Bei einem weiteren Rechtsruck der Partei, der sich mit dem Ausscheiden Petrys bereits anzudeuten begonnen hat, könnte es entlang dieser latenten Konfliktlinie zu einem grundsätzlichen Konflikt und möglicherweise auch zum Auseinanderbrechen der Fraktion kommen. Die Klassenallianz als solche, die ja im Kern auf geteilten ethnozentrischen und autoritären Wahrnehmungs- und Orientierungsschemata beruht, wäre damit allerdings noch nicht unbedingt in Gefahr – vielmehr hätte eine weitere nationalistisch-neoliberale Abspaltung wenig Aussicht auf breite Unterstützung „von unten“.

These 3: Eine Konfrontation innerhalb des „Imperiums“

Der Konflikt zwischen individualistisch-globalistischem „progressivem Neoliberalismus“ (Clinton, Blair, Macron, Rot-Grün...) und autoritärem Nationalismus ist einer, der sich vollständig innerhalb des ‚Imperiums‘ abspielt. Keine der beiden Seiten stellt die imperiale Produktions- und Lebensweise als solche infrage, gestritten wird nur um unterschiedliche Varianten derselben und um die „richtige“ Strategie zu ihrer Verteidigung.

In der Konfliktodynamik, die der autoritäre Nationalismus zum offenen Ausbruch gebracht hat, ist ein innerer Widerspruch vollends manifest geworden, der der imperialen Lebensweise schon immer eigen war. Als Herrschaftsform, in der sich eine ihrem Selbstverständnis nach demokratische Gesellschaft mittels Ausgrenzung, Ausschluss und Gewalt über andere erhebt, kann diese nämlich mit sich selbst nie ganz im Reinen sein. Einer imperialen „Zitadellengesellschaft“ würde rein logisch-praktisch, wegen der politischen Notwendigkeiten der Aufrechterhaltung der Herrschaftsordnung, eine autoritäre Verfassung von Staat und Politik viel eher entsprechen. Für Länder wie die arabischen Golfmonarchien ist das auch weitgehend widerspruchsfrei miteinander vereinbar, weil die sozialen Anforderungen des erfolgreichen Betriebs einer ressourcenbasierten Rentenökonomie ohne weiteres auch von einer statisch-hierarchischen Gesellschaftsordnung bedient werden können. Zu einem größeren Problem als die aus dem demokratischen Selbstverständnis herrührenden Skrupel geraten dem deutschen Staat indes gerade die Erfolgsbedingungen seiner exportfixierten Wirtschaftsstruktur. Für Deutschland und andere industriell-kapitalistische Gesellschaften, in denen die im globalen Wettbewerb agierenden Unternehmen auf die Entfesselung und Aufrechterhaltung permanenter wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen angewiesen sind, wenn sie nicht ins Hintertreffen geraten sollen, ergibt sich ein Dilemma: Einerseits ist erfolgreiches, also nachhaltig profitables kapitalistisches Wirtschaften auf ständiges Niederreißen von Handels-, Innovations- und Akkumulationshindernissen angewiesen, weshalb die Unternehmen gerade der am stärksten global vernetzten und der härtesten Konkurrenz ausgesetzten Branchen an offenen Grenzen nicht nur für Güter, sondern auch für Arbeitskräfte ein ganz materielles

Interesse haben. Andererseits aber stehen die Staaten unter Legitimationsdruck gegenüber Teilen ihrer Bevölkerungen, die im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien in der globalen Ungleichheitsordnung eine Politik zunehmender Abschottung und noch weitreichenderer Beschränkung der Mobilität für fremde Staatsbürger:innen erwarten¹³.

In dieser Situation gilt – zumindest für das exportorientierte Kapital einer globalen Exportmacht wie der BRD – der alte linke Spruch „Hinter dem Faschismus steht das Kapital!“ heute nicht mehr, nein: er führt sogar gravierend in die Irre¹⁴. Unübersehbar haben sich der Bund der Deutschen Industrie (BDI) und andere unternehmerische Lobbyverbände in den letzten zweieinhalb Jahren auf die Seite der „weltoffenen“ Mehrheit gestellt und sogar selbst breite Initiativen zur Integration Geflüchteter in den deutschen Arbeitsmarkt gestartet¹⁵. Auf den Webseiten der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände finden sich neben Erfolgsberichten über solche Projekte auch wortreiche Bekenntnisse zur „humanitären Verpflichtung“ gegenüber Schutzsuchenden und sogar zur – schon vor 2015 über lange Zeit von links ohne große Resonanz eingeforderten – „Willkommenskultur“. Auch nach der Wahl wird dieser Kurs fortgesetzt: „Rückzug ins Nationale ist für unser Land keine Alternative“ lautete die Überschrift der Pressemitteilung am Tag danach¹⁶. Kurz: die mächtigsten Fraktionen des deutschen Kapitals stehen derzeit nicht hinter dem autoritären Nationalismus der AfD, sondern gehören zu ihren erklärten Gegner:innen. Ausschlaggebend hierfür sind wohl nicht nur das grundsätzliche Interesse besonders der Großunternehmen und von Teilen des exportorientierten Mittelstandes an weiterhin offenen Grenzen für Güter und hoch qualifizierte Fachkräfte sowie verschiedener Dienstleistungsbranchen an einem großen Angebot ethnisierten, schnell, billig und oft informell verfügbarer Arbeitskräfte, sondern auch die zunehmenden Schwierigkeiten der Betriebe in fast allen arbeitsintensiven Bereichen der Wirtschaft, ihre Lehrstellen zu besetzen und so ihren längerfristigen Bedarf an beruflich qualifizierter Arbeit zu decken.

Dennoch stellt sich die Frage, ob es nicht doch auch Kapitalfraktionen gibt, bei denen die AfD Unterstützung genießt. Auch hierauf lassen sich beim Blick auf die Berufsbiographien der AfD-Abgeordneten schnell Antworten finden.

Zunächst gibt es durchaus auch in der AfD einige Abgeordnete mit einem Hintergrund in großen Unternehmen. So gehören der Fraktion zum Beispiel der ehemalige Chefjurist des Chemiekonzerns Bayer, Roland Hartwig (Landesliste NRW), Volker Münz (Baden-Württemberg), bislang Abteilungsleiter einer nicht genannten Großbank, und Uwe Schulz (Hessen) an, der als „Leiter Kundenservice Europa“ bei der Deutschen Telekom arbeitete. Die deutlichste Verbindungslinie zu einer

¹³ Siehe hierzu, und insbesondere zur Rolle der Visapolitik als wenig beachtetem, aber umso effektiverem Mittel externalisierungsgesellschaftlicher Machtausübung, Lessenich 2016: 137-145.

¹⁴ So unabweisbar zugleich der Nachsatz „der Kampf um Befreiung ist international!“ wohl nie richtiger war als heute.

¹⁵ <http://www.unternehmen-integrieren-fluechtlinge.de>, <http://www.wir-zusammen.de>

¹⁶ <https://bdi.eu/#/artikel/news/rueckzug-ins-nationale-ist-fuer-unser-land-keine-alternative/> Im Text heißt es unter anderem: „Die zentrale Botschaft der AfD ist Fremdenfeindlichkeit. Diese Partei ist im Kern gegen das, was Deutschland stark gemacht hat und weiter stark machen muss. Das Ergebnis sollte jedem, der politisch verantwortungsvoll handelt, klar machen, jetzt erst recht konstruktiv zu agieren.“

einzelnen Branche der Großindustrie jedoch ist die feste Verankerung einiger Abgeordneter im militärisch-industriellen Komplex. So ist die baden-württembergische Abgeordnete Franziska Gminder die Ehefrau eines ehemaligen Managers der Waffenindustrie und Hauptmanns der Reserve, der unter anderem für Rheinmetall und Heckler&Koch arbeitete und für letztere nach eigenen Angaben am Vertragsabschluss mit der Bundeswehr zur Lieferung des Sturmgewehrs G36 und der Pistole P8 beteiligt war¹⁷. Der Abgeordnete Rüdiger Lucassen (NRW) war in seinen 34 Jahren im Militär unter anderem Oberst im Generalstab der Bundeswehr sowie als Referent bei der NATO und im Verteidigungsministerium tätig und betreibt heute eine Firma, die im Auftrag von Staaten Sicherheits- und Streitkräfte aufbaut und schult. Und mit Gerold Otten aus Bayern, ehemaliger Kampfpilot und Oberst der Reserve, gehört der Fraktion auch der Verkaufsleiter des europäischen Rüstungskonzerns EADS für das Produkt Eurofighter an. Hinzu kommen eine ganze Reihe ehemaliger und zwei bis vor kurzem aktive Soldaten sowie etliche weitere teils hochrangige Reservisten. Diese bilden wohl einerseits mit ihrem Verständnis von Autorität und Ordnung eine Art Einheit mit dem guten halben Dutzend Polizist:innen in der Fraktion – vor allem aber finden über sie die Interessen einer Industrie Eingang in die Politik der AfD, aus deren Sicht sich an verstärkter Abschottung nach außen auch gut verdienen lässt.

Die zahlenmäßig größte Gruppe aus einem mehr oder weniger einheitlichen wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich sind jedoch die oben bereits erwähnten „Berater:innen“ – also Selbständige und Inhaber:innen kleiner bis mittlerer Unternehmen, die es verstehen, sich im Umfeld der Großunternehmen und des Mittelstands durch das Anbieten spezifischer qualifizierter Dienstleistungen zu behaupten. Obwohl sie schon aus Gründen ihrer Auftragslage ein Interesse am Erfolg der großen Firmen haben sollten, sehen sie für sich offenbar unter Bedingungen einer protektionistischen Politik bessere Perspektiven – möglicherweise, weil sie sich an der verschärften Konkurrenz durch billigere ausländische Anbieter:innen im EU-Binnenmarkt, aber auch durch gut ausgebildete Zuwander:innen stören.

Und schließlich kommen noch einige Abgeordnete der AfD aus der Finanzbranche bzw. sind nebenberuflich als Investoren, „Analysten“ oder Publizisten zu Finanzthemen tätig¹⁸. Mutmaßlich sind dies besonders Leute aus jenen Teilen der Finanzindustrie, die sich auf Investitionsformen spezialisiert haben, deren Lukrativität infolge der verschlechterten Kassenlage der Staaten und der Niedrigzinsen infolge der Eurorettung stark beeinträchtigt wurde. Sie sind – wie sich ja auch ihrer Publizistik entnehmen lässt – in erster Linie an einer Renationalisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik und an einer Abschaffung des Euro interessiert, weil sie sich davon die Chance auf Rückkehr zu für sie vermeintlich gewinnträchtigeren früheren Geschäftsmodellen versprechen.

¹⁷ <http://www.rolf-gminder.com>

¹⁸ Hierzu zählen unter anderem der „Wirtschaftspublizist“ Peter Boehringer und der Vermögensberater Stephan Protschka aus Bayern, der Berater und Investor Bernd Baumann aus Hamburg sowie der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat Bruno Hollnagel, der als Beruf unter anderem „Portfoliomanager und Wirtschaftsanalyst“ angibt.

Anders als die Wähler:innen der AfD haben gerade diese Gruppen unter den von ihnen gewählten Repräsentant:innen (und die mit Ausnahme der Waffenindustrie eher wenig mächtigen Kapitalfraktionen, aus denen sie kommen) also keineswegs allein ein „kulturelles“, sondern in erster Linie ein ganz materielles Interesse daran, dass sich „nichts ändert“, ja dass die Änderungen der letzten Jahrzehnte möglichst auch noch mit autoritären Mitteln rückgängig gemacht werden. Das dafür nötige Gerät und Know-How wären einige aus der Fraktion dabei auch gern selbst zu vermitteln bereit.

Daran wird deutlich, dass die durch das Auftreten der AfD aufgerissene politische Konfliktlinie nicht nur für einen Riss in der Bevölkerung, sondern ebenso auch für eine Auseinandersetzung innerhalb der staatlichen wie wirtschaftlichen Eliten um die Zukunft des deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells steht. In der ostentativen Positionierung der Wirtschaftsverbände gegen Abschottung und Rassismus kommt dabei im Grunde genau das zum Ausdruck, was Nancy Fraser (2017) mit dem Begriff des „progressiven Neoliberalismus“ durchaus treffend auf den Punkt gebracht hat: Eine wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch liberale, proeuropäische, konsequent auf Markt- wie soziale Öffnung und gegen Diskriminierung entlang leistungsfremder Kriterien gerichtete Politik, die sich im Binnenraum des Kontinents Freiheit und Chancengerechtigkeit auf die Fahnen schreibt und das so unangenehme wie unumgängliche Geschäft der Zäune, Küstenwachen und verweigerten Visa so weit wie möglich aus dem Blickfeld verbannt hat, um es geräuschlos im Hintergrund zu erledigen bzw. erledigen zu lassen. Es geht hier (entgegen gewisser Anklänge bei Fraser) nicht darum, zu unterstellen, „die Linke“ habe sich vom Kapital „kooptieren“ lassen – selbstverständlich hat der BDI mit linken politischen Kräften nichts zu tun –, sondern einfach darum, dass die zukunftsorientierte Mehrheit des deutschen Kapitals ein aufgeklärtes Eigeninteresse an „Willkommenskultur“ und Abbau bestimmter Diskriminierungen „nach innen“ hat. Um eine solche Politik erfolgreich zu verfolgen, braucht es überhaupt keine Linken, sondern lediglich eine Bevölkerungsmehrheit, die Reisefreiheit und gemeinsamer Währung mehr abgewinnen kann als alten Autoritäten und Fantasien von nationaler Größe. Der progressive Neoliberalismus ist die ganz und gar passförmige politische Programmatik der Durchsetzung des flexiblen Kapitalismus als Gesellschaftsmodell einer „imperialen Lebensweise 3.0“, in der alle Produktionsinputs (inklusive der Arbeit) so kleinteilig zerleg- und synchron koordinierbar sind, dass Diskriminierung und Ausgrenzung nur als unerwünschte Störfaktoren die gewünschte reibungslose Akkumulationsdynamik hemmen würden.

Dem stemmen sich die AfD und andere autoritär-nationalistische Kräfte nicht aus reinem irrationalen Atavismus, sondern eben auch aufgrund der von ihnen vertretenen (hierzulande minoritären) Kapitalinteressen entgegen: Sie versprechen sich mehr von einer Rückkehr zur organisiert-kapitalistischen „imperialen Lebensweise 2.0“ mit ihren überschaubaren nationalen Wirtschaftsräumen, klar umrissenen Berufsprofilen, sozialen Rollenzuschritten, geschlechtlichen Arbeitsteilungsmustern und dichten Grenzen. Damit soll wohlgerne nicht gesagt sein, dass es sich beim autoritären Nationalismus um eine eindeutig „anti-neoliberale“ Strömung handle: Die Bedeutung eines „nationalistischen Neoliberalismus“ für die Entstehung der AfD und seine Verankerung in Teilen der

Fraktion wurden oben bereits erwähnt, und im Hinblick auf ihre wirtschafts-, steuer- oder finanzpolitische Ausrichtung sind sowohl das Partei- als auch das Wahlprogramm glasklar neoliberal, Forderungen nach Privatisierung, „mehr Markt“ und Umverteilung nach oben ziehen sich wie ein roter Faden durch sie hindurch. Und das ist nicht unbedingt nur als innerer Widerspruch zu verstehen, der den Vorstellungen der Wähler:innenschaft widerspräche – es ist kaum zu hoffen, dass größere Teile der letzteren sich bei vorheriger Lektüre jener Passagen von der AfD abgewandt hätten. Vielmehr scheint es auch zumindest für Teile der AfD-Anhänger:innen eine innere Verbindung zwischen ihrer rassistisch-nationalistischen Grunddisposition und einer Offenheit gegenüber der neoliberalen Programmatik zu geben. Diese deutet sich in den Befragungen da an, wo über die direkte "Ausländer"-Thematik hinaus ständig in jeder Hinsicht größere "Sicherheit" eingefordert wird. Im Ruf nach Sicherheit kommt ein *besitzindividualistisches* Selbst- und Weltverhältnis zum Ausdruck, das sich unter Bedingungen einer auf materiellen Wohlstand fixierten gesellschaftlichen Ordnung konstituiert hat. In ihm verdichten sich die Entbindung aus kollektiven Solidaritäten, der dadurch beförderte Rückzug ins Private (Hilmer et al. 2017) und die weitgehende Gleichsetzung dieses Privaten mit dem privaten Besitz zu einer habituellen Strategie der unbedingten Verteidigung des „Eigenen“ in einer Welt voller unklarer und unberechenbarer Bedrohungen. Wie ich jüngst in einer Analyse des Datensatzes der Befragung „Umweltbewusstsein in Deutschland“ vom Umweltbundesamt aufzeigen konnte, stellt dieser Besitzindividualismus eine zentrale Disposition von – eher überdurchschnittlich mit Eigentum ausgestatteten – Gruppen am autoritär-regressiven Pol der Gesellschaft dar¹⁹, und die rabiate Verteidigungshaltung, der er zugrundeliegt, richtet sich untrennbar zugleich auf das materiell eigene des persönlichen Besitzes *und* auf das imaginär-„Eigene“ einer behaupteten homogenen nationalen „Kultur“. Eben dieser Besitzindividualismus scheint derzeit eine entscheidende Bindekraft darzustellen, die das Bündnis aus neoliberalen und völkischen Nationalist:innen zusammenhält – jedenfalls noch.

Die Konfliktkonstellation zwischen progressivem Neoliberalismus und autoritärem Nationalismus ist inzwischen sattem bekannt – sie kam in der US-Wahl zwischen Hillary Clinton und Donald Trump ebenso zur Aufführung wie in der französischen Stichwahl zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen, in der Auseinandersetzung zwischen Brexit-Befürworter:innen und -gegner:innen oder in der Entscheidung zwischen Alexander van der Bellen und Norbert Hofer in der österreichischen Präsidentschaftswahl. In keiner dieser Abstimmungen stand die imperiale Lebensweise selbst – in wie auch immer vermittelter Form – zur Debatte, sondern stets ging es lediglich darum, wie diese gesellschaftspolitisch ausgestaltet und machtpolitisch sichergestellt werden sollte.

Eine Anmerkung aber noch zu Osteuropa: Auch wenn es in Ländern wie Polen und Ungarn nicht so sehr um die Frage „imperiale Lebensweise 2.0 oder 3.0“ geht, sondern eher darum, ob man überhaupt Anschluss an sie halten kann, ist doch auch hier die kapitalistische Durchdringung des Sozialen der zentrale Gegenstand der Auseinandersetzung, und er ist ebenso tief in den Strukturen des Alltags verwurzelt. Auf verblüffende Weise verdeutlicht das die regionale Verteilung der Stimmanteile des

¹⁹ Siehe Eversberg, i.E.

autoritär-nationalistischen Kandidaten Duda von der PiS (blau) und seines neoliberal-konservativen Gegenkandidaten Komorowski von der PO (gelb/orange) in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl 2015:

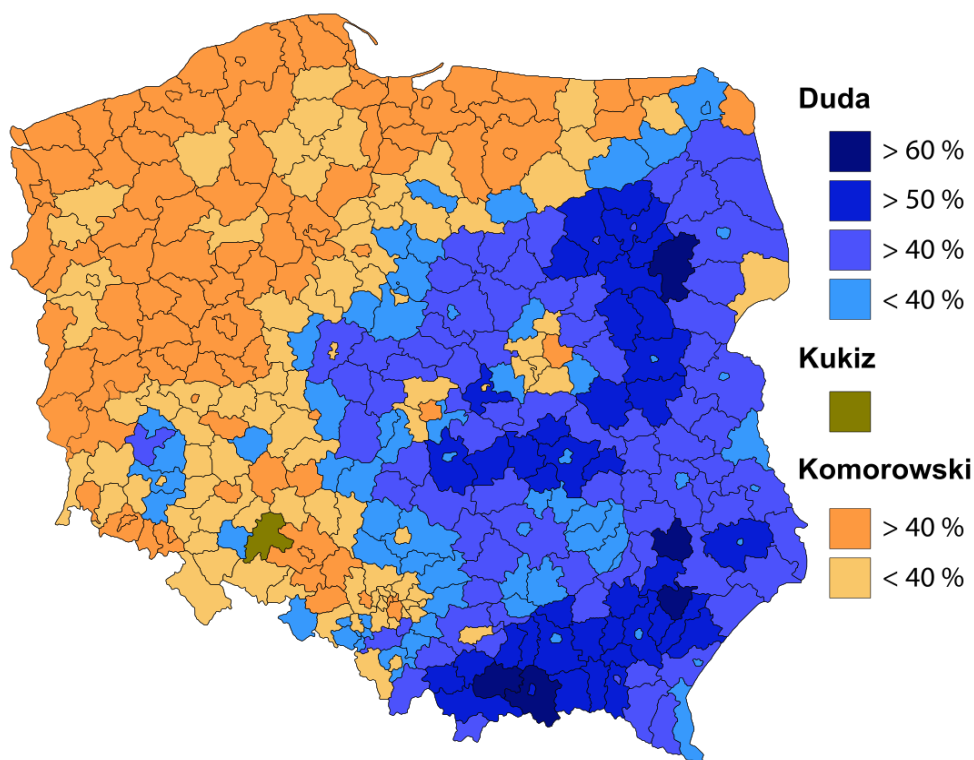


Abb. 4: Präsidentschaftswahl Polen 2015, 1. Runde: Verteilung der Mehrheitsverhältnisse nach Powiats
(Robert Wielgórski / [CC BY-SA 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/))

Ein vergleichbares Muster hat sich in Polen im letzten Jahrzehnt bei jeder Wahl gezeigt. Die Scheidelinie zwischen dem mehrheitlich neoliberal-konservativen Westen und dem mehrheitlich autoritär-nationalistisch wählenden Osten ist nicht nur bemerkenswert scharf, sondern auch insbesondere deshalb so frappierend, weil sie fast exakt der Grenze zwischen dem Deutschen und dem Russischen Reich vor dem ersten Weltkrieg folgt. Welche bis heute relevanten Unterschiede bilden sich darin ab? Es ist nicht einfach der relative Wohlstand der Regionen – arme Gebiete und solche mit hoher Arbeitslosigkeit gibt es auf beiden Seiten der Linie. Viel plausibler als Erklärung für dieses auffällige Muster – und damit auch über Polen hinaus für das Verständnis der gegenwärtigen politischen Konflikte – scheint mir die Ebene der langfristigen *kollektiven Erfahrung* der Menschen in diesen Regionen mit den kapitalistischen Zwängen zur Dynamisierung der Lebensverhältnisse. Dabei spielt eine Rolle, dass die westpolnischen Gebiete unter der deutschen Herrschaft vor 1918 in deutlich stärkerem Maße industrialisiert worden waren als der Osten, der damals ein randständiges Dasein im feudal verfassten Russischen Reich fristete. Das hat bis heute Auswirkungen auf die materielle Infrastruktur beider

Landesteile, die sich etwa an der unterschiedlichen Dichte des Eisenbahnnetzes hier wie dort immer noch ablesen lassen, und es begründete Pfadabhängigkeiten für das Ausmaß, in dem sich hier auch während des Realsozialismus die wirtschaftlichen, sozialen und mentalen Strukturen einer Industriegesellschaft herausbildeten. Mindestens ebenso wichtig ist aber wohl noch etwas anderes, nämlich die zwar inzwischen mehrere Generationen zurückliegende, aber für das kollektive Bewusstsein nach wie vor prägende Erfahrung *eigener Migration* einer großen Mehrheit der Bevölkerung im Westen. In einer anfangs zusammengewürfelten Gesellschaft von Leuten ganz unterschiedlicher Herkunft, die in ihren Wohnorten fast alle gleichermaßen neu waren, haben sich Beharrungskräfte tradierter Mentalitäten von langfristig sesshaften Gruppen, die im Osten bestimmend blieben, bis heute nicht im selben Maß aufbauen können (sicher gibt es sie inzwischen, sie sind aber eben weniger bestimmend). Aus eben diesen Gründen sind hier die Kräfte, die sich von verstärkter industriell-kapitalistischer Durchdringung der Gesellschaft den Anschluss an die imperiale Lebensweise der westlichen Nachbarländer versprechen, stärker als jene, die die Bewahrung des „Eigenen“ ins Zentrum stellen und – hier sogar um den Preis des Verzichts auf Anschluss an die imperiale Lebensweise – die ökonomisch-soziale Modernisierung vollständig verweigern.

Es ist also am Ende auf einer ganz anderen als der weithin unterstellten Ebene doch „the economy“, die ausschlaggebend ist für das Erstarken des autoritären Nationalismus: nicht in Gestalt individueller oder kollektiver wirtschaftlicher *Lagen*, sondern in Form eines Konflikts um die Modernisierung des ökonomisch-sozialen Regimes, dessen besonders effizientes Funktionieren Voraussetzung ist für die Aufrechterhaltung der „Wettbewerbsfähigkeit“ der eigenen Volkswirtschaften und damit auch der Möglichkeit, weiter so gut *auf Kosten anderer* zu leben. Wenn ich mir hier also über weite Strecken große Mühe gegeben habe, der einseitig *ökonomistischen* Lesart des autoritären Nationalismus zu widersprechen, so kann es doch auch nicht darum gehen, den gesellschaftlichen Konflikt, der sich an ihm kristallisiert, zu *kulturalisieren* (denn damit tappte man in genau die Falle, die die identitäre Rechte selbst aufgestellt hat), sondern ins Zentrum gehört dieses untrennbare Ineinander, die *Wechselwirkungen* ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungsdynamiken, die weder aufeinander reduzierbar noch umstandslos in eins zu setzen sind.

Konfliktgegenstand ist also auch da, wo an der Oberfläche „Kultur“ verhandelt wird, auf einer tiefer liegenden Ebene die „Dynamik der (transnationalen) kapitalistisch getriebenen Veränderung“ (Kahrs 2017a), die steigenden Druck, Unsicherheiten und Anpassungszwänge im Erwerbsleben und die Erosion erkämpfter sozialstaatlicher Sicherungen ebenso mit sich bringt wie Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung im Sinne der Zunahme sozialer und geografischer Mobilität, einer wachsenden Vielfalt von Lebensmodellen und der „Auflösung traditionaler, patriarchaler Bindungen an Region, Rollenverständnisse, Familienbilder“ (ebd.). Durch diese kapitalistisch getriebenen Modernisierungsprozesse hat sich die soziale „Mitte“ in alltagspraktischer Hinsicht verschoben, sie hat sich zugleich ökonomisiert *und* ist kulturell vielfältiger geworden. Beides sind Dimensionen einer gesteigerten Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge, die den Normalitätserwartungen von Teilen derjenigen sozialen Gruppen, die sich an den Versprechungen der früheren Ordnung orientiert

und sich unter diesen vorherigen Bedingungen selbst als Teil der „Mitte“ wahrgenommen hatten, im Kern widerspricht. „Viele fühlten sich mit ihren Vorstellungen vom guten Leben nicht nur vom Lauf der Dinge entwertet, sondern auch von ihren politischen Vertretern verraten. Rollenbilder anderer Schichten (Stichwort ‚Vereinbarkeit‘) wurden zu den neuen Leitbildern erklärt“ (ebd.). Für diejenigen unter diesen „neuen Minderheiten“ (ebd.), die das nicht auf eine konstruktive und demokratische Weise verarbeiten konnten oder wollten, sondern sich aus ihrer ungebrochenen sozialen Prägung durch unhinterfragte hierarchische Verhältnisse heraus auf Vorwürfe an Autoritäten, Schuldzuweisungen an kulturell „Andere“ und die einseitige Selbststilisierung zum Opfer zurückzogen, machte die AfD mit ihren Versprechungen, das Rad der Zeit zurückdrehen zu können, ein attraktives Angebot:

„Die Flüchtlinge des Sommers 2015 waren ein ‚unverhofftes Rendezvous mit der Globalisierung‘ (Schäuble) und bestätigten eine Ahnung, ein verbreitetes Unbehagen, dass die ungerechten globalen Verteilungsverhältnisse Gegenreaktionen hervorrufen würden. Dieses ‚Rendezvous‘ trifft eine Gesellschaft, die aufgrund beschleunigten tatsächlichen und erwarteten Strukturwandels in der Arbeits- und Lebenswelt bis in die Alltagspraxen hinein verunsichert ist, in der Leitbilder und Normen gesellschaftlicher Ordnung umkämpft sind. Der Neo-Nationalismus macht ein ideologisches und ordnungspolitisches Angebot, innere und äußere Verunsicherung in einem Ordnungsmodell aufzuheben“ (Kahrs 2017b: 24).

Es ist aber eben nur *ein* Angebot unter mehreren denkbaren – selbst dann, wenn diese derzeit nicht ernsthaft formuliert werden – und es muss den 12,6% durchaus vorgehalten werden können, dass sie es annehmen. Denn *verunsichernd* waren und sind die Erfahrungen der Veränderung allemal für erheblich größere Teile der Bevölkerung. Der Punkt ist, dass viele – die meisten – es aber anders verarbeiten. Es gibt keinen Automatismus, dass Menschen auf Verunsicherung mit Ressentiments und Rassismus reagieren müssten – aber wenn sie es tun, dann müssen sie damit ernst genommen werden und dafür die volle Ablehnung erfahren, die solchen Haltungen gebührt. Es geht aktuell nicht darum, sie „zurückzugewinnen“ – es sind Teile der 20-25% der Gesellschaft, die von einschlägigen Studien immer wieder als Träger:innen tief verankerter autoritärer und rassistischer Einstellungen identifiziert worden sind²⁰.

Dass die Wähler:innen rechter Parteien ihrem eigenen Selbstverständnis nach „Gerechtigkeit“ einfordern, darf nicht zu dem Irrtum verleiten, sie seien deshalb „eigentlich“ gar keine wirklichen Unterstützer:innen der autoritär-nationalistischen Politik, sondern wollten letztlich eine solidarischere Gesellschaft. Die bittere Wahrheit ist, dass „Gerechtigkeit“ keineswegs per se anti-rassistisch oder anti-diskriminatorisch sein muss, sondern eben auch voll auf der Linie völkisch-rassistischer Ideologien als „gerechte“ Diskriminierungsordnung gewünscht werden kann. Wie Emma Dowling, Silke van Dyk und Stefanie Graefe kürzlich treffend festgestellt haben: Wird „Gerechtigkeit für die je eigene Gruppe an der symbolischen und materiellen Deprivilegierung spezifischer Anderer (z.B. Migrant*innen, Frauen, Schwarze) gemessen, dann handelt es sich nicht um eine spezielle Spielart eines emanzipatorischen

²⁰ Vgl. Vester 2017, Kahrs 2017b: 23, Decker et al. 2016

Universalismus, sondern um dessen äußersten Gegenpunkt“ (Dowling et al. 2017: 416). Dass dies von einigen einflussreichen linken Kommentator:innen der gegenwärtigen Situation verkannt wird, ist bedauerlich, leistet es doch der Bildung sehr gefährlicher falscher Allianzen Vorschub. Das problematische Bild hinter diesen Interpretationen: Es gebe letztlich *ein großes Übel* – nämlich den Neoliberalismus –, gegen das sich all seine Kritiker:innen zu Recht wendeten, wenn auch zum Teil mit falschen, „verführerischen“ Begründungen. So ist es aber nicht: Der völkische Rassismus ist kein „kleineres“, der kapitalistischen Ausbeutung nachgeordnetes und irgendwie doch nur auf Missverständnissen beruhendes, sondern ein *gleichrangiges Übel*. Und weil er nicht minder auf die Aufrechterhaltung und Vertiefung sozialer Herrschaft zielt – und damit gegenwärtig auch noch nicht einmal weniger „erfolgreich“ ist – kann es aus emanzipatorischer Sicht keinen „Tradeoff“ zwischen beidem geben, sondern nur eine gleichermaßen klare Abgrenzung in beide Richtungen (vgl. ebd.; Hildyard 1999).

Nötig ist nun, die Sprachlosigkeit zu beenden: Sowohl der progressive Neoliberalismus als auch der autoritäre Nationalismus beziehen ihre gegenwärtige Stärke daraus, dass sie über kohärente übergreifende Narrative verfügen, die es ihnen jeweils ermöglichen, vertikale Allianzen zwischen Klassenfraktionen herzustellen und bei Wahlen zu mobilisieren. Der global-solidarischen Linken fehlt derzeit ein solches Narrativ, und unter anderem deshalb gelingt es ihr auch nicht, ihrerseits die Fähigkeit zu einer solchen vertikalen Allianz zu entwickeln. Dabei ist das Problem weniger, dass oben im sozialen Raum, bei den Eliten, die Unterstützung fehlte, sondern gerade, dass es nicht gelingt, auch bei Teilen der Mitte und der Benachteiligten in größerem Maße Fuß zu fassen. Das dicke Brett der Suche nach einem solchen Narrativ, dem Narrativ eines dritten, global-solidarischen Lagers, das sich außerhalb des diskursiven Territoriums der imperialen Wahrnehmungs- und Denkweise bewegen muss, gilt es zu bohren. Nur das wird neue Handlungsfähigkeit schaffen – und das ist nicht als Plädoyer für den Rückzug ins Studierstübchen zu verstehen. Emanzipatorische Narrative entstehen aus gemeinsamen Kämpfen – deshalb ist es jetzt unerlässlich, auch auf der Linken praktisch auf die Etablierung einer Klassenallianz hinzuarbeiten und diejenigen, die ihre Erfahrungen von Desorientierung und Machtlosigkeit nicht autoritär und ausgrenzend, sondern solidarisch-inklusiv verarbeiten, in einer breiten und wirksamen gesellschaftlichen Gegenmobilisierung zusammenzubringen.

Literatur

- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2017): „NRW-Wahl: Nur wenige AfD-Wähler arbeitslos“, https://www.iwkoeln.de/storage/asset/349604/storage/master/file/13329814/download/IW-Kurzbericht_51_2017_AfD_in_NRW.pdf (zugegriffen am 18.10.2017).
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*, München: oekom verlag.
- Brenke, Karl/Kritikos, Alexander S. (2017): „Wählerstruktur im Wandel“, *DIW Wochenbericht* 29, S. 595–606.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): *Die enthemmte Mitte. autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): „Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der ‚Identitätspolitik‘“, *Prokla* 47/188, S. 411–420.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*, übers. von Tobias Haberkorn, Berlin: Suhrkamp.
- Eversberg, Dennis (i.E.): „Grenzen der Komplexität. Überlegungen zu einer Ökologie flexibel-kapitalistischer Subjekte“. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe „Postwachstumsgesellschaften“, Jena.
- Fraser, Nancy (2017): „Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus“, in: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin: Suhrkamp, S. 77–92.
- Fried, Barbara (2017): „»Feminism is for everyone« – Perspektiven einer feministischen Klassenpolitik“, *Luxemburg Online-Sonderausgabe* 2017, <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/feminism-is-for-everyone-perspektiven-einer-feministischen-klassenpolitik/> (zugegriffen am 23.10.2017).
- Hildyard, Nicholas (1999): „Blood‘ and ‚Culture‘“, Corner House Briefing 11, Sturminster Newton: The Corner House, <http://www.thecornerhouse.org.uk/resource/%E2%80%9Cblood%E2%80%9D-and-%E2%80%9Cculture%E2%80%9D> (zugegriffen am 18.10.2017).
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017): „Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern“, Working Paper Forschungsförderung 44/2017, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf (zugegr. am 12.10.2017).
- Kahrs, Horst (2017a): „Neuer Nationalismus: Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen“, *Sozialismus* 43/4, S. 17–24.
- (2017b): „Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Wahlbericht und erste Analyse“, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, <http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-25-Ka-WNB-BTW17.pdf> (zugegriffen am 12.10.2017).
- Lang, Juliane (2017): „Feindbild Feminismus: Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD“, in Grigat, Stephan (Hrsg.): *AfD & FPÖ: ein Vergleich, Antisemitismus - Nationalismus - Geschlechterbilder*, Baden-Baden: Nomos, S. 61–78.

- Lengfeld, Holger (2017): „Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand. Ergebnisse der Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels 1991-2016“, http://sozweb.sozphil.uni-leipzig.de/fileadmin/studie_abstiegs%C3%A4ngste_der_deutschen_1991-2016.pdf (zugegr. am 12.10.2017).
- Lengfeld, Holger/Ordemann, Jessica (2017): „Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014“, *Zeitschrift für Soziologie* 46/3, <http://www.degruyter.com/view/j/zfsoz.2017.46.issue-3/zfsoz-2017-1010/zfsoz-2017-1010.xml> (zugegriffen am 12.10.2017).
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München: Hanser Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegsangst. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Schroeder, Wolfgang/Weißels, Bernhard/Neusser, Christian/Berzel, Alexander (2017): „Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten“, WZB Discussion Paper SP V 2017-102, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf> (zugegriffen am 10.10.2017).
- Steffen, Tilman (2017): „AfD-Wähler: Nicht nur die kleinen Leute“, *Zeit Online*, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/afd-waehler-terrorbekaempfung-integration> (zugegriffen am 16.10.2017).
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidt, Klaudia (2017): „Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017“, http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Populaere_Wahlen_Bundestagswahl_2017_01.pdf (zugegriffen am 11.10.2017).
- Vester, Michael (2017): „Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung. Zweiter Teil des Essays ‚Der gesellschaftliche Strukturwandel und der Kampf um soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland‘“, Ms., Hannover, http://www.rls-nrw.de/fileadmin/ls_nrw/dokumente/Publikationen/Michael_Vester_Rechtspopulismus_soziale_Gerechtigkeit_18_M%C3%A4rz-2.pdf (zugegriffen am 1.6.2017).